

Unsachliche Abweichung vom Vorschaltgesetz

Von Markus Gleichmann,
Vorsitzender des KOPOFOR

Bereits im vergangenen Jahr stand das KOPOFOR ganz im Zeichen der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Über 50 Veranstaltungen haben wir gemeinsam mit verschiedenen Mandatsträger*innen im gesamten Land organisiert und durchgeführt.

Im März dieses Jahres dann stand der Minister für Inneres und Kommunales, Dr. Holger Poppenhäger, auf unserer thematischen Mitgliederversammlung etwa 70 Mitgliedern Rede und Antwort, bevor wir mit einer absoluten Mehrheit ein Positionspapier zur Reform beschlossen haben. In diesem werden die Rahmenbedingungen der Reform im Vorschaltgesetz und dem Grundsatzgesetz anerkannt und positiv bewertet. Deutlich haben die Mitglieder ihre Unterstützung der Reform und die Einsicht in den Neustrukturierungsbedarf der Thüringer Gemeinden und Kreise gezeigt, um für die Zukunft leistungsstarke Strukturen zu haben.

Nur etwa einen Monat später legte der Innenminister kurzfristig seinen geänderten Vorschlag zur Kreisgebietsreform vor. Gegen alle Diskussionen und Argumente, mit denen seit Juni 2016 die Befürworter der Reform agierten, gab es gravierende Änderungen und Abweichungen vom Gesetzestext.

Mit den kreisfreien Städten Weimar und Gera schafft das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMiK) zwei Ausnahmen, die ihre Begründung lediglich aus einer emotionalen Sichtweise zogen. Die unsolidarische Belastung der Stadt Gera mit Sozialleistungen, die nicht gerecht umgelegten Belastungen für Infrastruktur und andere vorgehaltene Leistungen der Stadt, die von den Einwohner*innen der umliegenden Landkreise genutzt werden, sind Fakten, die in dem neuen Entwurf negiert und ignoriert werden.

Diese Änderungen sind aus Sicht der kommunalen Mandatsträger nicht nachzuvollziehen. Die Grundlage der Reform ist das Bewusstsein, das Thüringen



Protest gegen den Protest: Hier in Eisenberg 2016

Foto: Linksjugend [‘solid]

ringen eine der negativen demographischen Entwicklung angepasste Verwaltungsstruktur braucht, die so effizient wie möglich arbeitet, um den Bürger*innen höchsten Service und einen rechtssicheren Standard zu bieten, bei gleichzeitig niedrigen Kosten, damit so viele finanzielle Ressourcen wie möglich in Leistungsgesetze wie Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Kultur und Infrastruktur fließen können.

In unserem Positionspapier fordern wir folgendes:

„Dass für die Kreisgebietsreform keine Freiwilligkeitsphase vorgesehen ist und auch der Kreissitz vom Gesetzgeber bestimmt wird, begrüßt das Kommunalpolitische Forum. Damit werden eine Auseinandersetzung zwischen den Regionen und unweigerliche Belastungen für die Mandatsträger*innen vermieden. Gleichzeitig fordern wir jedoch eine Veranstaltungsreihe in allen Kreisen, die die

Entscheidungskriterien deutlich macht und mit den Akteuren vor Ort Ängste vor dem Verlust eines Kreisstadtstatus abbaut, sowie Kompensationen auslöst.“

Genau dieses Szenario der konkurrierenden Städte und Ängste um den vermuteten Verlust von Verwaltungssitzen ist eingetroffen. Das Ministerium hat es schlicht versäumt, zeitgleich mit der Vorstellung der Entwürfe der neuen Kreisgrenzen und Kreisstädte auch darüber aufzuklären, was passiert, wenn eine Stadt nicht mehr Kreisstadt ist.

Natürlich darf auch nicht vergessen werden, dass eine massive – und seitens der CDU-Landtagsopposition geschürte – Angstkampagne sowie die Mobilisierung durch die Verwaltungsspitzen, die vorwiegend mit Mitgliedern der oder durch die CDU besetzt sind, einen großen Druck auf den Fortgang der Reform ausüben. Gefahren, rational oder irrational, begründet

oder nicht, wurden in den Vordergrund der Debatte geschoben und über die Notwendigkeit der Reform nicht mehr geredet. Anstatt Alternativen zu einer umfangreichen Reform zu benennen, verharret man in einer zukunftsgefährdenden Totalopposition.

In unserer Stellungnahme haben wir die Bedeutung der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform für kommunale Mandatsträger auch noch mal deutlich gemacht:

„Als Interessensvertretung der Kommunalpolitiker*innen, die in unserem Verein engagiert sind und vorwiegend im Ehrenamt

arbeiten, möchten wir demokratische Partizipationsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Realisierbarkeit ihrer Ämter erreichen.“

Vor allem brauchen die kommunalen Mandatsträger*innen, unsere Mitglieder und die vielen kommunalpolitisch engagierten Personen in Thüringen eine Sicherheit, wie die demokratische Struktur ihres direkten Lebensumfeldes in der Zukunft aussieht, um sich wie bisher engagieren zu können. Diese „Rolle rückwärts“ des Innenministeriums in entscheidenden Fragen der Reform ist, aus meiner Sicht, dafür nicht zuträglich und schürt eher die Zurückhaltung und Skepsis vor notwendigen Änderungen.

Die Zusammenhänge zwischen der Landes-, Kreis- und Gemeindeebene sind sehr komplex und es bleibt zu hoffen, dass die 25 Jahre lang aus dem Ruder gelaufenen Aufgabenverteilungen noch in dieser Landtagslegislatur neu geordnet werden können. Das Kommunalpolitische Forum wird sich vehement weiter dafür und damit für seine Mitglieder einsetzen.

Einen Überblick zum aktuellen Stand der Reform findet ihr auf Seite 3.

Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.
Landesgeschäftsstelle | Trommsdorffstraße 4 | 99084 Erfurt
Tel. 0361-54128389 | Fax 0361-54151142
info@kopofor-thuer.de | www.kopofor-thuer.de

Kommunalpolitisches
Forum
Thüringen e.V.

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Mitmachen lohnt sich

Interview mit Tim Rosenstock (DIE LINKE), Kreistagsmitglied NDH

Seite 3:

Emotionen rausnehmen

Frank Kuschel zum aktuellen Stand der Funktional- und Gebietsreform

Seite 4:

Verkehrspolitik neu denken

Veranstaltung fragt nach Gestaltungsspielräumen für die Landesregierung

Kommunalpolitik ist langsam und bürokratisch – mitmachen lohnt sich

Tim Rosenstock ist 25, Student und Mitarbeiter im Büro von Katja Mittelendorf in Nordhausen. Seit 2014 ist er im Ortschaftsrat Uthleben und für DIE LINKE im Stadtrat der Landgemeinde Stadt Heringen (Hauptausschuss und Vorsitzender vom Sozialausschuss) und im Kreistag Nordhausen (Mitglied des Jugendhilfeausschusses). Er ist Mitglied des Landessprecher*innenrates der Linksjugend [‘solid] Thüringen. Das Interview führte **Arne Nowacki**.

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

Also politisch interessiert bin ich eigentlich seit der Schulzeit, so ab der 10. Klasse etwa. „Anpolitisiert“ hat mich eigentlich das Bildungssystem, weil mich da vieles genervt hat. Vom Lehrer*innenmangel über die Frage, ob das Schulnotensystem sinnvoll ist bis zu den Lehrplaninhalten und dem Sanierungsstau an Schulen.

Ich hab relativ schnell festgestellt, dass die größte Überschneidung bei der LINKEN ist, in die ich dann 2013 eingetreten bin. Etwa ein dreiviertel Jahr später bekam ich einen Anruf von Michael Mohr, der mich fragte, ob ich mir vorstellen könnte, zur Kommunalwahl für DIE LINKE zu kandidieren. Das hat mich total überrascht, weswegen ich erstmal eine Nacht drüber schlafen musste und mich mit Freunden beraten habe. Alle haben mich unterstützt und gesagt, dass ich das machen soll. Damit war meine Kandidatur für alle drei Kommunalparlamente beschlossene Sache.

Dass ich dann in den Stadtrat einziehe, war eigentlich klar, weil ich da auch der einzige Kandidat von uns auf der Liste war. Am Wahlabend kamen dann immer mal so Updates rein und es hieß dann „Tim, du hast übrigens zwei Sitze im Stadtrat“. Dabei blieb es dann auch.

Ja, und fast noch die größere Überraschung war, dass ich für DIE LINKE auch in den Kreistag eingezogen bin, womit ich gar nicht gerechnet habe. Aber auch das hat geklappt, und im Ortschaftsrat bin ich für meinen Sportverein. Ja, und so bin ich dann eigentlich eher aus der kalten zur Kommunalpolitik gekommen.

Für deinen Sportverein?

Ja genau. Der Sportverein stellt bei uns auch eine Wählergemeinschaft und ist sowohl im Ortschaftsrat als auch im Stadtrat vertreten. Aber im Stadtrat sitze ich für DIE LINKE.

Du bist ja auch in der Linksjugend aktiv und machst einiges. Bist du von der Linksjugend in die Kommunalpolitik gekommen, oder war das andersrum?

Tatsächlich war ich erst auf kommunaler Ebene tätig. In Nordhausen gab es keine Linksjugend, einige Genoss*innen und ich dachten, dass wir eine Ortsgruppe und einen Jugendver-



Wahlkampf mit Franca Bergmann aus Nordhausen (links) und immer wieder Kampf mit der Bürokratie: Tim Rosenstock ist für DIE LINKE im Kreistag

band bräuchten. Aber irgendwie haben auch die Leute gefehlt. Wir wussten nicht, wo wir anfangen sollen. Ende 2014, Anfang 2015 kamen dann plötzlich so ein paar Studierende zu uns ins Büro und meinten, dass sie gern etwas Politisches machen wollen, links sind und so weiter.

Relativ schnell kamen wir dann dazu, die Ortsgruppe der Linksjugend wieder zu beleben. Im Endeffekt haben wir dann im Juni 2015 die Ortsgruppe neu gegründet, inhaltliche Schwerpunkte festgelegt und Aktionen geplant. Seitdem bin ich auch in der Linksjugend aktiv und seit Oktober 2016 auch Landessprecher.

Es wird ja oft gesagt, dass Kommunalpolitik gerade für junge Menschen nicht spannend sei. Erlebst du das auch so?

Man muss sich erstmal daran gewöhnen. Vor allem, dass alles sehr viel länger dauert, als man es gewohnt ist. Statt direkt etwas umzusetzen, muss erst ein Antrag formuliert und in den Stadtrat eingebracht werden, dann geht es in die Ausschüsse, dann wieder in den Stadtrat, dann muss man Mehrheiten finden ... gewöhnungsbedürftig.

Auch an viele bürokratische Abläufe, das kann schon ermüdend sein. Und es wird da auch Wahlkampf gemacht und dann geht es eben nicht nur um die Belange vor Ort. Das kann schon echt sehr nervig sein.

Aber es lohnt sich auf jeden Fall, sich kommunalpolitisch zu engagieren, weil man da aktiv die Möglichkeit hat, Dinge mitzugestalten und Dinge mit zu verändern.

Aber es heißt doch immer, dass auf der kommunalen Ebene nur für die Sache gestritten würde?



Fotos: privat

Das ist halt phasenweise. Im Stadtrat ist das tatsächlich so. Sicherlich gibt es immer mal Meinungsverschiedenheiten, aber da geht es schon darum, das bestmögliche für die Landgemeinde zu erreichen.

Im Kreistag aber merkt man schon, wenn irgendwelche Wahlen anstehen, in Nordhausen war das zum Beispiel die Oberbürgermeisterwahl oder die Bundestagswahl dieses Jahr. Gerade dann läuft von Seiten der CDU eine unglaubliche Wahlkampfmaschinerie. Da dauern unsere Sitzungen schnell mal doppelt so lange wie normal, weil plötzlich Leute, die sonst recht wenig sagen, zu einem Tagesordnungspunkt drei, vier, fünf Mal ans Mikro rennen um sich selbst zu profilieren. Das ist nervig.

Kannst du dich noch an deine erste Sitzung im Stadtrat oder im Kreistag erinnern?

Ich war ziemlich aufgeregt und wusste noch gar nicht richtig, was auf mich zu kommt, wie ich mich verhalten soll und so weiter. Es ging ja schon mit so einfachen Dingen wie der Kleidung los. Gerade im Stadtrat, weil ich da ja als einziger Linker sitze, war das ganz anders als im Kreistag, wo ich eine ganze Fraktion habe, elf andere Leute. Da war das alles nicht ganz so schlimm, die haben mir geholfen, wenn ich Fragen hatte.

Hat dich die Fraktion unterstützen können?

Ja, auf jeden Fall. Wenn ich Fragen hatte, gab es immer jemanden der mir geholfen hat, oder es zumindest versuchte. Ich erinnere mich auch, dass bei meiner ersten Stadtratssitzung sogar Rainer Bachmann, unser damaliger Fraktionsvorsitzender aus dem

Kreistag, extra dazu kam um dabei zu sein und mich zu unterstützen.

Hast du auch das Gegenteil erlebt, dass du als „Neuer“ nicht für voll genommen wurdest?

Ein bisschen, zum Beispiel bei der Schüler*innenbeförderung. Unser Änderungsantrag mit der vollen Kostenübernahme wurde abgelehnt.

Viele Ältere wollten dann doch mit dem Vorschlag der Verwaltung stimmen, obwohl der wirklich schlecht war. Sie standen dann halt auch nicht mehr voll dahinter, weiter für unseren Antrag zu kämpfen. Die haben auch alle keine Kinder im Schulalter mehr, die das betreffen könnte. Da merkt man schon den Altersunterschied und die fehlende Generation in der Fraktion.

Was ist der größte Erfolg, den du mit verzeichnen konntest?

Neben der Schüler*innenbeförderung habe ich noch so ein paar andere Sachen, aber das muss ich erstmal mit der Fraktion diskutieren. Ansonsten haben wir im Stadtrat wegen Bedarfszuweisungen aus 2013/2014 verschiedene Auflagen bekommen, weswegen zum Beispiel kommunale Einrichtungen nicht mehr frei genutzt werden können. Da mussten wir für die Sportvereine Lösungen finden, damit die ihre Sportheime weiter nutzen dürfen, ohne dass sie finanziell zu sehr belastet werden.

Wir haben dann verschiedene Satzungen erarbeitet, die auch in den Bereich der Jugendhilfe fallen. So haben wir es geschafft, der Auflage gerecht zu werden und die Vereine nicht zu stark zu belasten. Weder Kommunalaufsicht noch Sportvereine waren da so ganz glücklich mit, aber am Ende konnten alle damit leben.

Nächstes Jahr stehen wieder Kommunalwahlen an. Hast du einen Rat für andere, junge Leute wie sie sich vorbereiten sollten?

Das klingt echt klischeehaft, aber man sollte sich selbst treu bleiben. Das wird honoriert. Wenn Menschen sich vorstellen, um von anderen gemocht oder gewählt zu werden, das klappt nicht, das durchschauen die Leute.

Mit den Punkten, die einem wichtig sind, sollte man in den Wahlkampf gehen, den Leuten erklären, wo das Problem ist und wie es behoben werden könnte und ihnen klar machen, dass man was verändern möchte.

Debatte über Kreissitze muss versachlicht werden

Die von Rot-Rot-Grün geplante Verwaltungs- und Gebietsreform will die Städte unabhängig vom Kreissitzstatus stärken.

Von Frank Kuschel

Obwohl seit Monaten klar ist, dass die Anzahl der Thüringer Landkreise von 17 auf acht reduziert werden soll, gibt sich ein Teil der Öffentlichkeit überrascht und empört, weil bisherige Kreisstädte den Kreissitz verlieren sollen. Die Kritiker der Reform werden dabei nicht müde, den völligen Untergang einer Stadt zu beschreiben, wenn in dieser künftig der Landrat nicht mehr seinen Dienstsitz hat. So ist es kein Wunder, dass es in fast allen der 17 Kreisstädte Initiativen zum Erhalt des Kreissitzes gibt. Egal wie genau die Strukturen am Ende aussehen werden, klar ist, dass ab 1. Juli 2018 nur noch acht Städte Kreissitz sind, also mindestens neun Städte diesen Status verlieren.

Landesregierung wird Landtag Vorschlag für die künftigen Kreissitze unterbreiten

Im Landkreisstrukturvorschlag, den der Thüringer Minister für Inneres und Kommunales dem Kabinett unterbreitet hat, werden die acht Städte benannt, die künftig Sitz des Landrates sein sollen. Bis zum 15. Juni 2017 wird die Ressortabstimmung innerhalb der Landesregierung abgeschlossen sein, voraussichtlich eine Woche später wird sich der Landtag erstmalig mit der Neustrukturierung der Landkreise beschäftigen. Es schließen sich die Ausschussberatungen und die öffentlichen Anhörungen an, sodass Ende November 2017 die Abschlussberatung im Landtag stattfinden könnte. Die neuen Landkreisstrukturen sollen zum 1. Juni 2018 in Kraft treten, die neuen Kreistage und Landräte würden bereits im April nächsten Jahres gewählt.

Transparenz und Klarheit über Entscheidungskriterien sind nötig

Bei dieser Entscheidungslage sind Transparenz und Klarheit über die Entscheidungskriterien besonders wichtig. Das ist eine große Herausforderung für die Landesregierung wie auch für die Regierungskoalition. Rot-Rot-Grün hat das Konzept zur Auswahl und Festsetzung der Kreissitze in der öffentlichen Debatte bisher nicht ausreichend offensiv vertreten. Nur wenn klar ist, nach welchen objektiven Kriterien die Kreissitze festgelegt wurden, kann für den Plan geworben und er gegen unsachliche Kritik verteidigt werden.

Die Landtagsfraktion DIE LINKE hat sich für landeseinheitliche Entscheidungskriterien für die Festsetzung der künftigen Kreissitze ausgesprochen, allerdings ohne selbst solche Kriterien vorzulegen.

Es gibt drei Grundkonzepte zur Auswahl und Festsetzung der künftigen Kreissitze:



In Zukunft sollen die Bürger*innen für alle Amtsgeschäfte nur noch eine Anlaufstelle – die Bürger*innenservicebüros – haben.

Foto: Archiv KOPOFOR

1. Die größte Stadt eines Landkreises wird Kreissitz,
2. Die am zentralsten liegende Stadt wird Kreissitz,
3. Die Stadt mit den noch größten Entwicklungsdefiziten wird Kreissitz.

Bei der Festlegung ist auch die Entfernung zur nächsten kreisfreien Stadt zu beachten. Diese haben oberzentrale Funktionen, schließen also die Funktionen der Kreisstädte ein, die im Regelfall Mittelzentren sind. Da die kreisfreien Städte diese Funktionen für sich wie für das Umland erfüllen können, können bei entsprechender raumordnerischer Berücksichtigung Doppelstrukturen vermieden werden. Dazu ist eine ausreichende Distanz – in der Regel 15 Kilometer Luftlinie – zwischen kreisfreier Stadt und Kreissitz einzuhalten.

Mittlerweile hat das Ministerium vier Kriterien für die Festsetzung der künftigen Kreissitze zur Diskussion gestellt. Dennoch bleiben Fragen offen: Wenn zum Beispiel die Entscheidung für Bad Salzungen und nicht Eisenach fällt, stellt sich im Gegenzug die Frage, weshalb Gotha gegenüber Arnstadt bei der Kreisstadtfrage bevorzugt wird.

Auch die Frage der Ausgleichsmaßnahmen für Städte, die künftig nicht mehr Kreissitz sind, wird nur oberflächlich diskutiert. Es darf nicht nur um Geld gehen, sondern auch um strukturelle Ausgleichsmaßnahmen, wie etwa Standorte von Landesbehörden und -einrichtungen.

Klarzustellen wäre auch, dass alle bisherigen Kreisstädte Behördenstandorte der Landkreisverwaltungen bleiben. Ob dies dauerhaft sein wird, entscheiden aber im Rahmen der Organisationshoheit künftig die neuen Kreistage selbst. Erfahrungen aus der Kreisgebietsreform 1994 zeigen, dass es in den ehemaligen Kreisstädten bis heute Außenstellen der Landratsämter gibt. Die Anzahl der Dienstposten aber wird wieder sinken.

Um die Debatte sachlich zu halten, lohnt sich auch ein Blick auf die Entwicklung der Städte, die seit 1994 ohne Kreissitz sind. Städte wie Schmalkalden, Ilmenau, Rudolstadt, Stadroda, Bad Lobenstein, Schmöln, Bad Langensalza oder Leinefelde-Worbis haben sich offensichtlich nicht schlechter entwickelt als die derzeitigen Kreisstädte. Das zeigt, dass die Entwicklung einer Stadt von vielen Faktoren abhängig ist. Die Industriestruktur, die Wohnungsmarkt- und Grundstückslage, die medizinische Versorgungsstruktur, Kultur, Freizeit, Verkehrsanbindung und -situation sind viel bedeutsamer als das „Kreisstadt“-Etikett.

Es wurde auch diskutiert, ob die Kreissitzbestimmung nicht in den neuen Kreistagen erfolgen sollte. Rechtlich wäre das wohl möglich, aber was wäre die Konsequenz? Harte Kampfabstimmungen und politische Auseinandersetzungen in gerade gebildeten Kreistagen, die den Fusionsprozess dauerhaft belasten würden.

Eine vielleicht stärker ausgleichende Möglichkeit wäre es, die bisherigen Kreisstädte im neuen Landkreis zu „funktionalen Kreisverwaltungsstandorten“ (FKVSt) zu machen. Alle Kreisstädte würden dadurch ihren Status mit jeweiligem Behördenteil behalten, die Landräte ihren Dienstsitz selbst festlegen. Der Landkreis „Rhein-Neuss“ ist ein Beispiel für dieses Modell.

Den endgültigen Namen der Landkreise hingegen können die Kreistage selbst bestimmen. Die Namen im Gesetz sind nur als Übergang gedacht.

Vergleichbare Startbedingungen durch Teilentschuldung der Landkreise

Auch zu finanziellen Ausgleichszahlungen gibt es Aussagen im vorliegenden Gesetzentwurf. Im Mittelpunkt soll dabei die Teilent-

schuldung der Landkreise stehen.

Auch wenn sie nicht unumstritten sind, sorgen diese Teilentschuldungen dafür, dass die acht neuen Landkreise vergleichbare finanzielle Ausgangsbedingungen aufweisen werden.

Heftige Diskussionen wird es auch zum Vorschlag der finanziellen Anpassungshilfen geben. Der Minister für Inneres und Kommunales hat hier vorgeschlagen, dass die acht neuen Landkreise jeweils eine Million und die vormaligen Kreisstädte fünf Millionen Euro erhalten.

Sicherlich war die Erwartungshaltung der Landkreise höher. Die

Betragshöhe wird als enttäuschend niedrig wahrgenommen und eine reine Pauschalzuweisung scheint auch nicht sachgerecht, weil die Auswirkungen des Verlustes des Kreissitzes und der Kreisfreiheit in den betroffenen Städten recht unterschiedlich sein werden.

Funktionalreform muss konkret werden

Auch ist endlich Klarheit zur Arbeits- und Funktionsweise der Bürgerservicebüros zu schaffen. Die Funktionalreform II, also die Aufgabenübertragung von den Landkreisen auf die Gemeinden, muss konkretisiert werden. Im Zusammenhang mit der neuen Landkreisstruktur ist gesetzlich zu regeln, dass die Kreisverwaltungen künftig keine Publikumsverwaltung mehr im bisherigen klassischen Sinne sein sollen. Da alle Landkreisangelegenheiten künftig in den Bürgerservicebüros der Gemeinde- und Stadtverwaltung erledigt werden können, muss niemand mehr in die Kreisverwaltung. Die Verwaltungswege werden für die Bürger*innen also nicht länger, sondern kürzer. Das hat Rot-Rot-Grün zugesagt und das wird auch geliefert, schließlich ist für die Bürger*innen genau das der große Gebrauchswert der anstehenden Verwaltungs- und Gebietsreform.

Die Koalition steht

Die Debatten sind nach wie vor in vollem Gange. Eine Einigung der 46 Abgeordneten der Regierungsfractionen zu einem strittigen Vorschlag im Landtag ist auf Grund der unterschiedlichen Interessenslage der einzelnen Abgeordneten kaum denkbar. Zurecht fordern die drei Regierungsfractionen daher von der Landesregierung die Vorlage eines zustimmungsfähigen Vorschlags ein.

Verkehr und Mobilität in Thüringen – sozial und ökologisch?

Macht es in der Verkehrspolitik einen Unterschied, ob Rot und Grün regieren? Können wir alle darauf bauen, dass die Landesregierung die Mobilität in Thüringen sozial und ökologisch neugestaltet? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, haben die Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und das KOPOFOR Thüringen am 23. Mai in das Haus Dacheröden geladen. Die Antwort, das sei vorab verraten, ist eher ernüchternd.

Gleich zu Beginn der mit etwa 50 Personen sehr gut besuchten Veranstaltung hat Prof. Matthias Gather von der FH Erfurt den Handlungsrahmen eines Bundeslandes abgesteckt. Zwischen der gesetzgeberischen Kompetenz und der Förderungspolitik von Bund und EU auf der einen Seite und der tatsächlichen Planung und Umsetzung auf kommunaler Ebene bleibt nicht allzuviel Gestaltungsraum der Landespolitik. Gleichwohl lassen sich beispielsweise über Förderprojekte, Investitionen oder der Finanzierung des ÖPNV durchaus Akzente setzen. In vier Workshops wurden diese Handlungsspielräume durch das Wissen, aber auch Wünsche und Vorstellungen der Teilnehmer*innen ausdifferenziert. So sollte es zur zu-



Der Erfurter Stadtrat Matthias Bärwolff (DIE LINKE) setzt sich u. a. für ein Sozialticket ein.
Foto: Archiv KOPOFOR

kunftssicheren Gestaltung der Mobilität im ländlichen Raum eben nicht nur darauf ankommen, wie viele Orte theoretisch erreicht werden können, sondern eben auch auf die Häufigkeit der Verbindungen, auf funktionierende Anschlüsse zwischen Bahnen und Bussen und auf ein einheitliches Tarifsystem.

Ebenso muss sichergestellt sein, dass soziale Preismodelle und ökologische Lösungen für den Weg zum Bahnhof oder der Haltestelle etabliert

werden. Besonders bei letzterem Punkt ist, so die Ergebnisse aus dem Workshop zur Zukunft des Autos, eine landesweite Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge nötig. In großen Städten wiederum ist es weniger das Problem, den ÖPNV erreichen zu können, als vielmehr die Menge an Autos und die sträflich vernachlässigte Fahrradfreundlichkeit. Um hier eine ökologische und soziale Wende einleiten zu können, müssen verschiedene Anreize für die Nutzung der Öff-

entlichen geschaffen werden. Neben Sozialtickets oder fahrscheinfreiem ÖPNV ist hier besonders auf die Quartiersentwicklung einzugehen.

Werden die Wege die Einwohner*innen für Erledigungen des täglichen Bedarfs kürzer, lassen sie auch das Auto stehen; lassen sie das Auto stehen, stellen sie vielleicht den Besitz eines solchen in Frage – Carsharing kann eine Option sein. Um die Motorverkehrsichte weiter zu reduzieren, sollte auch vor Maßnahmen wie strengeren Geschwindigkeitsbegrenzungen oder höheren Parkgebühren nicht zurückgeschreckt werden.

Im Anschluss stellte Klaus Sühl, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, die Zwischenbilanz der Rot-Rot-Grünen Verkehrspolitik in Thüringen vor. So sei vor allem zu bedenken, dass die Planungszeiträume im Verkehrswesen sehr langfristig sind – und da in den vergangenen 25 Jahren Autos und LKW stets priorisiert wurden, kann nicht innerhalb von fünf Jahren eine völlige Verkehrswende erwartet werden. Mit Projekten darauf hinarbeiten, den ÖPNV als bessere Alternative und attraktiver als das Autofahren zu machen, auch wenn zum Beispiel das Azubiticket unter der Kleinteiligkeit der Verkehrsverbände leidet, bleibt aber das Ziel.

Die Veranstaltung endete mit der Podiumsdiskussion, an der Klaus Sühl, Dr. Gudrun Lukin (MdL DIE LINKE), Olaf Müller (MdL Bündnis90/Die Grünen), Prof. Matthias Gather und Jennifer Schubert (Verkehrsclub Deutschland Jena) teilnahmen. Auch in dieser Runde wurde nochmals bekräftigt, dass die vielen starken Verkehrsverbände ein Hemmnis für eine einheitliche ÖPNV-Planung in Thüringen darstellen. Eine mögliche Lösung für dieses Problem kam aus dem Publikum: In Hessen wurde per Gesetz geregelt, dass es nur drei Verbände gibt.

Text: Arne Nowacki

Neue Infobroschüre zur FVG-Reform

Das KOPOFOR hat eine neue, komplett überarbeitete Auflage der Informationsbroschüre zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform herausgebracht.

Hier findet ihr alle wichtigen Informationen zur Reform: Von der Notwendigkeit, die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform als Dreiklang zu verstehen und nicht einzeln zu betrachten, über Fakten zur

Debatte um den Kreisstadtstatus bis zum Ziel, die Verwaltung landesweit zweistufig zu gestalten und – wo es sinnvoll ist – Aufgaben zu kommunalisieren oder an das Land zurückzugeben.

Die Broschüre könnt ihr in der Geschäftsstelle, bei einer unserer „Faktencheck“-Gebietsreform-Veranstaltungen oder als digitale Version auf unserer Homepage bekommen.



Termine

Sommer, Sonne, KOPOFOR

Es ist wieder soweit: Das Sommerfest des KOPOFOR findet statt! Mit Vereinsmitgliedern, Politiker*innen aus Kommunen und Land, Freunden und Interessierten wollen wir die politische Sommerpause nutzen und gemeinsam feiern. Auch wird in vier Kategorien der Kommunalpolitische Initiativpreis verliehen, mit denen wir besonders aktive Kommunalpolitiker*innen sowie besondere Erfolge und Projekte auszeichnen. Also merkt euch den Termin jetzt schon!

Wann? 19. August ab 16:30 Uhr
Wo? Lindenplatz 19 in 99334 Ichtershausen



Gesundheitspolitik im ländlichen Raum

Die „Linke Ostthüringer Kommunalpolitik“ (LOK) lädt zum Fachgespräch zur Gesundheitspolitik im ländlichen Raum ein.

Die Gesundheitsversorgung sicherzustellen, wenn die Bevölkerungszahl vor Ort sinkt und die verbliebenen Einwohner*innen älter werden und ihr Bedarf steigt, ist eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe. Welche Möglichkeiten es gibt und was ganz konkret vor Ort angegangen werden kann, wird die LOK in ihrem Fachgespräch diskutieren.

Wann? 30. September
Wo? Eisenberg, Waldkrankenhaus (voraussichtlich)

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de

Das KOPOFOR Thüringen erhält als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).